

Menschenwürde im deutschen Sozialstaat: Geteiltes Recht?

Vortrag bei der Jahrestagung des Bundesverbandes der Berufsbetreuer/innen e.V.

Von Heribert Prantl

Es war in meinen ersten journalistischen Berufsjahren: Immer am Jahresanfang, Ende Januar, war ich hier in Goslar, hier in diesem Hotel Achtermann: Verkehrsgerichtstag! Es wurden und werden auf diesem Verkehrsgerichtstag alle Fragen diskutiert, die für eine mobile Gesellschaft wichtig sind. In gewisser Weise ist Ihre Tagung ein Anti-Verkehrstag: Es geht hier bei Ihnen darum, wie die Gesellschaft mit Menschen umgehen soll, die nicht mehr besonders oder gar nicht mehr mobil sind.

In unserem Sozialstaat läuft auf diesem Gebiet – zumal dann, wenn es um die gute Betreuung sehr alter oder sonst behinderter Menschen geht – einiges verkehrt. Insofern ist Ihre Tagung ein Verkehrt-Gerichtstag. Sie beschäftigen sich damit, falsche Entwicklungen zu beschreiben und zu korrigieren; falsche Entwicklungen, die ich vor allem darin sehe, das die staatliche Leistungsverwaltung „Inklusion“ als neue Gelegenheit zur Haushaltskonsolidierung begreift.

Sehr geehrte Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer,

liebe Freundinnen und Freunde eines guten und starken Sozialstaats,

liebe Freundinnen und Freund einer persönlichen und rehabilitativen Betreuung,

Es ist Wundersames geschehen: In einem Jahrhundert haben die Menschen zwanzig Jahre an Lebenszeit gewonnen. Die Lebenszeiten haben sich den Jahreszeiten angenähert. Früher bestand ein Leben aus Frühling, Sommer und Winter, also aus Kindheit, Arbeit und Sterben. Mit den geschenkten Jahren ist nun ein langer Herbst dazu gekommen – noch eher öde für viele, schon golden für manche. Das große und lange Altern ist so neu, dass die Menschen es noch gründlich lernen müssen.

Wenn sie es gut lernen, wird das die Gesellschaft grundlegend verändern. Es wird die Gesellschaft menschlicher machen, weil die älteren Menschen Zeit haben – Zeit für die Dinge, für die die Jungen keine Zeit haben. Es wird die Gesellschaft klüger machen, weil die älteren Menschen Erfahrung haben – Erfahrungen, die die Jungen noch nicht haben. Der lange Herbst wird die Gesellschaft sozialer machen, wenn die geschenkten Jahre nicht nur Freizeit, sondern auch eine soziale Zeit sein werden.

Das Altern der Gesellschaft wird also, wenn es ihr gelingt, das Altern zu lernen, ein Glücksfall sein – für die Jungen, aber vor allem für die sehr Alten. Es wird nämlich, wenn es gut geht, einen neuen Gesellschaftsvertrag geben: Die Menschen in der dritten Lebenszeit, die die Erziehung ihrer Kinder hinter sich haben, werden sich um die Menschen in der vierten Lebenszeit, also um die ganz Alten, kümmern. Es wird einen neuen kategorischen Imperativ, einen gerontologischen Imperativ geben: Pflege die sehr Alten so, wie Du selbst in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren gepflegt werden willst!

Damit propagiere ich kein Sparprogramm unter dem Deckmantel von Eigenverantwortung, Ehrenamt und Inklusion, sondern ein umfassendes, nachhaltiges, ganzheitliches sozialstaatliches Zuwendungsprogramm für hilfebedürftige alte und auch junge Menschen.

Eine Vision? Ja, aber eine Gesellschaft ohne Vision geht zugrunde. Ich habe die Vision, dass Betreuung in dieser Gesellschaft künftig eine ganz andere, größere, bedeutendere, viel wichtigere Rolle erhält als sie die heute hat. Ich habe die Vision, dass Betreuung neue Wertschätzung erfährt, die auch in Haushaltsplänen und den Geldbeträgen zum Ausdruck kommt, die für Betreuung aufgewendet werden. Gute Betreuung gibt es nicht umsonst, auch wenn ehrenamtliche Helfer gewiss viel leisten können. Aber das Ehrenamt ist kein billiger Ersatz für den Sozialstaat. Ehrenamtliche Hilfe ist Kür, der Sozialstaat ist Pflicht. Und der Sozialstaat kann sich nicht, unter Verweis auf die Zivilgesellschaft, aus seinen Verpflichtungen hinausschleichen.

Zur Pflicht gehört es, die rechtliche Betreuung als soziales Unterstützungssystem zu behandeln. Zur Pflicht des Sozialstaats gehört es, zu begreifen, dass es nicht reicht, wenn ein Betreuer nur 3,2 Stunden pro Klient und Monat abgerechnet bekommt. 3,2 Stunden – das ist zu wenig, viel zu wenig. Und wer das für ausreichend hält, der möge sich nur 3,2 Sekunden lang in die Situation eines Betreuten versetzen. Für unterstützungsorientierte Betreuungsarbeit reichen 3,2 Stunden im Monat nicht.

Bürger, die anderen helfen können, leben länger und sind glücklicher – das ist eine aufregende empirische Erkenntnis. Bürger, die anderen helfen können, leben länger und sind glücklich: Wenn das stimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren Berufsbetreuer, dann müssen Sie besonders glücklich sein – weil sie sich hauptamtlich und umfassend und nachhaltig um Menschen kümmern, die Hilfe brauchen und weil sie ehrenamtliche Helfer anleiten und begleiten können.

Ich wünsche mir, dass immer mehr Herbst-Menschen, also die Menschen in der dritten Lebenszeit, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden aber noch sehr fit sind, sich für die ihnen geschenkten Jahre dankbar zeigen, indem sie sich um die Winter-Menschen kümmern, um die Menschen in der vierten Lebenszeit – und dass Sie, die Berufsbetreuer, ihnen dabei zu Seite stehen. Die nicht ganz Alten werden also, wenn es ganz gut geht, die Wahlverwandten der ganz Alten werden. Es werden im ganzen Land Nachbarschaftsvereine und Wohnpflegegruppen gegründet, in

denen sich eine neue Kultur der Hilfe bewährt. Das wäre gut. Aber diese Modelle dürfen nicht als Sparmodelle mißbraucht werden. Inklusive Sozialraumgestaltung muss ein Mehrwertmodell sein. Ambulante Betreuung darf keine Sparbetreuung sein. Wir brauchen Hilfe-Mix-Strukturen, eine Vielfalt von alten und neuen Wohnformen. Wir brauchen mehr zu Hause für ganz alte Menschen – und das zu Hause ist überall dort, wo sich Menschen wohl fühlen und gut betreut werden.

Das sind die Träume, die ich so habe, wenn ich jeden Sonntag meine alte Mutter, sie wird demnächst neunzig, im Alten- und Pflegeheim besuche und ich mit ihr dann, wie sie es ihr Leben lang gewohnt war, in den Gottesdienst gehe und mit ihr die alten Lieder singe.

Ich bin der Überzeugung, dass sich darin, wie unsere Gesellschaft mit den alten und sehr alten Menschen umgeht, die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidet. Ich glaube nämlich, dass unsere Gesellschaft etwas sehr Wichtiges lernen muss – und dass ganz besonders Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Berufsbetreuer, zu den Lehrern gehören. Was muss die Gesellschaft lernen? Sie muss lernen, dass der alte und der demente Mensch ein Mensch ist, auch wenn er nicht mehr vernünftig ist. Er ist ein Mensch mit Demenz und mit Leib und Seele, Sinnlichkeit, Kreativität und Emotion. Die Kunst, ich sage bewusst die Kunst, besteht darin, demente Menschen nicht mit Kleinkindern zu vergleichen und wie Kleinkinder zu behandeln, sondern sie als Erwachsene weiter ernst zu nehmen – auch wenn sie vieles nicht mehr können, vieles nicht mehr bewältigen. Das muss die Gesellschaft lernen – und das muss der Staat, der Sozialstaat, lernen, der seine Alten nicht als Halbbürger betrachten und behandeln darf.

Ein solcher ernsthafter, menschenwürdiger Umgang mit den sehr alten, sehr dementen, sehr hilfebedürftigen Menschen wird nicht nur den Alten gut tun, sondern auch den Kindern. Es wird die Kindheit der Kinder verändern, wenn sie in einer Gesellschaft aufwachsen, die anderes Bild vom Menschen entwickelt: Das Menschsein wird dann nicht am Lineal von Ökonomie und Leistungsfähigkeit gemessen. Hilfebedürftigkeit ist dann keine Störung, die behoben werden muss, sondern gehört zum Mensch-Sein.

Das ist meine Vision. Das ist meine Vorstellung von der Zukunft des Sozialstaats. Und ich meine, dass Sie, die Berufsbetreuer, in diesem Zukunftsbild eine ganz wichtige Rolle spielen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Vor 27 Jahren habe ich, damals war ich bayerischer Richter, die Justiz verlassen, bin aus meinem Amtszimmer im Landgericht Regensburg ausgezogen und Journalist geworden. An einen meiner letzten Fälle erinnere ich mich noch heute gut. Ich war Richter in der Beschwerdekammer, Freiwillige Gerichtsbarkeit, hatte den Fall einer alten Dame zu beurteilen, die ihr Schwiegersohn, ein Rechtsanwalt, unbedingt entmündigen lassen wollte. Die Dame hatte einiges Vermögen – und ihr Altersvergnügen bestand wohl darin, den einen oder anderen alten und aufgelassenen Bahnhof zu kaufen, weil ihr das ein gutes Schnäppchen zu sein schien. Der Schwiegersohn hielt das aber für einen gewaltigen Unsinn, für bodenlose Verschwendung ... die Bahnhofsliehaberei war für ihn ein Beleg für die Verwirrung der alten Dame. Nun, ich sah das ein wenig anders.

Kurz darauf habe ich meinen ersten Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung geschrieben. Dieser Leitartikel handelte von den alten und dementen Menschen, er handelte von der Art und Weise, wie unsere Gesellschaft mit ihnen umgeht und wie sie mit ihnen umgehen sollte, er trug die Überschrift „Betreuen statt entmündigen“ – und er begann so: „Noch immer gibt es archaisches Recht in der Bundesrepublik Deutschland. Da sind Menschen, die ein Leben in Pflichterfüllung gelebt haben. Und dann schließen wir sie aus: Sie dürfen nicht mehr wählen. Sie dürfen nicht mehr heiraten. Das Testament, das sie schreiben, ist unbesehen ungültig. Nicht einmal über Taschengeld lassen wir sie verfügen; denn das Gesetz macht selbst den Kauf von Kaffee und Kuchen unwirksam. Wir murmeln ‚altersschwach‘ oder ‚ausgeklinkt‘ und ziehen diese Menschen aus dem Verkehr, lösen ihre Wohnungen auf, verfrachten sie in Heime. Gar nicht selten bleiben sie so am Leben: am Fuß angebunden bei Tag, im Bett festgeschnallt bei Nacht. Am Türschild steht dann ‚Psychiatrie‘ und in den juristischen Lehrbüchern, ‚rechtliche Grauzone‘. Das Unglück solcher Menschen aber inserieren wir als amtliche Bekanntmachung in der Zeitung: ‚NN, geb. am, wegen Trunksucht auf seine Kosten entmündigt.‘

8. April 1988

Das Amtsgericht.

Die Rede ist vom geltenden Vormundschaftsrecht.“

So habe ich damals, es war vier Jahre bevor das neue Betreuungsrecht in Kraft trat, das alte Entmündigungs- und Vormundschaftsrecht beschrieben. Ich erinnere mich daran, wie mein akademischen Lehrer Dieter Schwab, Professor für Familienrecht an der Universität in Regensburg und Herausgeber der Zeitschrift für das gesamte Familienrecht, von dieser Reform des Vormundschaftsrechts begeistert war. Er war so begeistert, dass mich sein Enthusiasmus angesteckt hat. Ich habe den Gesetzentwurf für das neue Recht, für das Betreuungsrecht, gelesen wie die Programm-Schrift für eine neue Zeit.

Das sind, so dachte ich mir, die Thesen für einen neuen Sozialstaat. Und ich halte das Betreuungsgesetz immer noch, 23 Jahre nach seinem Inkrafttreten, für eine der größten legislativen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte. „Betreuen statt entmündigen“ - das war und ist ein gutes Motto für Hunderttausende, für Millionen von Menschen. Das neue Recht vom 1. Januar 1992 wollte die rechtliche Geringschätzung der Menschen beenden, es wollte und will persönliche Betreuung an die Stelle anonymer Verwaltung und Verwahrung setzen. Das Betreuungsrecht hat das alte Vormundschaftsrecht abgelöst, die Entmündigung abgeschafft und es dem Richter aufgegeben, für die spezifische Erkrankung eine individuelle Betreuungslösung zu finden. Es sollte ein Leuchtturm-Gesetz sein – und der Leuchtturm sollte den Weg nicht zum Vorfriedhof, sondern zu einem würdigen Leben im Alter weisen.

Das Betreuungsgesetz von 1992 war das richtige Signal zur richtigen Zeit, aber die Zeit hat es nicht begriffen.

Das Betreuungsgesetz war ein Gesetz, das rechtzeitig die Probleme erkannte, die auf die Gesellschaft zukommen. Aber: Es wurde und wird kaputt gespart. Ein gutes Gesetz leidet unter politischer Geringschätzung.

Selten ist ein Gesetz so hymnisch gelobt worden – und selten ist ein gutes Gesetz in seinen guten, ja grandiosen Ansätzen so grandios gescheitert. Das Gesetz war und ist vielleicht auch zu justiz-zentriert; es krankt wohl daran, dass es alte, verwirrte und psychisch kranke Menschen mit Paragraphen streicheln will; das alles wäre ziemlich leicht korrigierbar. Es braucht dazu nur die Einsicht, dass all die schönen Paragraphen allein nichts helfen. Es braucht auch die Mittel, sie umzusetzen.

Das Gesetz war und ist der Politik zu teuer. Es fordert zwar professionelle Betreuung; die Betreuer und die „Betreuungsvereine“, die diese Betreuung unter anderem leisten sollen, werden aber nur unzureichend alimentiert. So hat sich der Geist des Gesetzes nicht entfalten können, sondern siecht selbst dahin. Das Wort „Vormundschaft“ ist zwar aus der aktuellen juristischen Sprache verschwunden: Seit dem 1. September 2009 heißen auch die Vormundschaftsgerichte nicht mehr Vormundschaftsgerichte, sondern Betreuungsgerichte. Aber mit der Änderung des

Wortes hat sich an den faktischen Zuständen viel zu wenig geändert. Es geht im Jahr 2015 immer noch, wie damals im Jahr 1992, darum, vormundschaftsrechtliche Verwaltungsverhältnisse in betreuungsrechtliche Sozialbeziehungen zu verwandeln. Rechtliche Betreuung ist mehr als Rechtsbetreuung; sie hat eine soziale Dimension. Der gute Betreuer ist mehr als ein guter Rechtshandwerker. Er ist auch ein guter Sozialarbeiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Früher hatten die Menschen Angst vor dem Sterben; heute haben sie Angst vor dem Altern. Einige Jahre lang haben Bedrohungsszenarien und Untergangsprophezeiungen die Debatten über das Altern beherrscht: Der Kampf der Generationen wurde vorhergesagt und die Diktatur der Rentner; die Alzheimerisierung des Landes wurde angekündigt und der Pflegenotstand – eine Zukunft also, in der Hunderttausende von Alten in ihrem Dreck liegen und sich dem Tod entgegen windeln. Zukunft: das Wort bekam Druckgeschwüre. Und geredet wurde über den Umgang mit dem Alter wie über einen neuen Krieg. Dieser Krieg gegen das Massenaltern wurde mit Risperdal und Zopiclon geführt, mit Psychopharmaka und Neuroleptika; auf diese Weise sollte der Feind, das Alter, mit Festschnallgurten fixiert und niedergerungen werden. Das ist Irrwitz. Die Gesellschaft muss ihren Frieden machen mit der Demenz, die eher Schicksal ist denn Krankheit, nämlich eine bestimmte Variante des Lebens im hohen Alter.

Nicht die Demenz ist neu, die hohe Zahl der dementen Menschen ist neu. Früher starben die meisten Menschen lange bevor sie der Demenz nahe kamen. Heute erleben ganz viele, was früher nur wenige erlebt haben – zum Beispiel der alte King Lear: „Ich fürchte fast, ich bin nicht recht bei Sinnen. Mich dünkt, ich kenn' Euch, kenn' auch diesen Mann. Doch zweifl' ich noch, denn ich begreif' es nicht, an welchem Ort ich bin. All mein Verstand entsinnt sich dieser Kleider nicht, noch weiß ich, wo ich die Nacht schlief. Lacht nicht über mich.“ William Shakespeare lässt das den King Lear sagen, im vierten Akt, siebente Szene. King Lear ist dement.

So viele Menschen sind heute King Lear. Die Beziehung zu ihnen kann ein bitteres und zugleich bereicherndes, ein königliches Erlebnis sein. Klaus Dörner zitiert in seinem schönen Buch über das Altern die Erinnerungen von Eleonore von Rotenhan an ihre demente Mutter: „Als sie nicht mehr sprechen konnte, erreichte unsere Beziehung einen existenziellen Tiefgang wie zuletzt vielleicht in der Kindheit.“

Die Zuwendung, die die Politik neuerdings den Kindern intensiver als bisher zuteilwerden lässt, wird den hilflosen Alten noch zu oft verweigert. Es ist ja richtig, dass Kinder „die Zukunft“ sind, und dass die Investition in ihre Betreuung auch eine

Investition in gesellschaftliche und ökonomische Leistungsfähigkeit darstellt. Es ist aber auch richtig, dass der mangelnde Respekt vor dem, was die Alten als Basis geschaffen haben, dass die Missachtung des Anspruchs der Alten (es ist ein Rechtsanspruch, kein Gnadenakt!), würdevoll ihre letzten Lebensjahre zu verbringen, die Solidarität der Gesellschaft bröckeln lässt. Es geht das Grundvertrauen verloren, gesellschaftliche Hilfe dann zu bekommen, wenn man ihrer bedarf. Dieses Grundvertrauen verschwindet auch bei denen, die ihren Lebtage lang selbst zum Gelingen des Ganzen beigetragen haben. Wenn sich Angst breit macht, Lebensangst – dann ist das kein guter Boden für eine gedeihliche Zukunft. Der Respekt vor den Alten und der Respekt vor den Kindern gehören zusammen. Er ist die Klammer, die das ganze Leben umspannt. Diese Klammer macht einen guten Sozialstaat aus. Sie darf nicht brechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Seitdem immer mehr Menschen immer älter werden, wird das Alter zu einer verleugneten Lebensphase. Sie wird, schon vorbeugend, mit Anti-Aging-Programmen zugedeckt. Das wäre nicht so schlimm, wenn mit der Verleugnung dieser Lebensphase nicht auch die Verleugnung ihres Wertes einher ginge. Alte Leute gelten oft, durch ihre bloße Existenz, als Infragestellung dessen, was heute für normal gehalten wird: Leistung, Fitness, Produktion und Produktivität. Es wird in unserer Gesellschaft viel von Integration geredet. Wichtig ist auch die Integration und Inklusion des Alters-. Wohl nirgendwo in dieser Gesellschaft geht die Exklusion so weit wie bei vielen alten Menschen in vielen Pflegeheimen.

Es geht um die Wiederauferstehung des Alters als Wert. Es geht um die Würde des alten, des sehr alten und des kranken Menschen.

Um die Würde der sehr alten Menschen geht es auch bei der Betreuung; und die Paragraphen des Betreuungsrechts sind nicht Selbstzweck, sie sollen dafür ein Hilfsmittel sein – ein Hilfsmittel bei der Achtung der Würde der alten Menschen. Die Paragraphen sollen Betreuung nicht schwieriger, sondern leichter machen – auch wenn es in der Praxis oft ganz anders anmutet.

Was tun mit der Freiheit des Alters? Wie umgehen mit den Schwächen? Was tun mit den Erfahrungen eines langen Lebens? Wie kann, soll und muss die Pflege ausschauen? Wie lernt man, Abschied zu nehmen. Eine Kultur, welche die Lebenszeit so sehr verlängert hat, wird auch Antworten auf die Fragen finden müssen, die damit einher gehen.

Wir organisieren heute das Abwickeln des Lebens bei alten Menschen in großem Stil – in Pflege- und Altenheimen. Sie gehören leider, auch wenn es durchaus vorbildliche Heime gibt, zu den skandalträchtigen Orten dieses Landes. Warum gehen so wenige alte Menschen für bessere Pflege auf die Straße? Dieter Hildebrandt, der verstorbene große Kabarettist, hat, als er selbst schon deutlich über achtzig war, darauf die einfache und gar nicht komische Antwort gegeben: „Die einen können es nicht mehr, die anderen wollen nicht daran denken, dass sie am nächsten Tag selbst betroffen sein könnten.“ Inklusion ist ein wunderbares Konzept, eine von der UN-Konvention geforderte Realutopie. Inklusion bedeutet: Es soll eine dauerhafte Integration in die Gesellschaft dort stattfinden, wo der Hilfebedürftige in seiner Lebenswelt verankert ist: im lokalen Gemeinwesen. Inklusion: Das ist das Konzept, das ist das Programm, in das das Betreuungsrecht eingebaut werden muss. Das Betreuungsrecht ist, wohlverstanden, ein inklusives Programm. Die Betreuungsparagrafen müssen Inklusionsparagrafen sein. Das geht aber gewiss nicht dadurch, das man – ich habe schon davor gewarnt – Inklusion schon wieder als Gelegenheit zum offenen oder versteckten Sparen begreift. Wer die individuellen Rechtsansprüche der Menschen in Frage stellt und stattdessen bloß von der „Gewährleistungsverantwortung des Staats für eine fachliche Infrastruktur“ spricht, mißbraucht die Inklusion. Es kann und darf nicht sein, dass mit Inklusions-Rhetorik die Einschränkung von Individual-Ansprüchen betrieben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

es war in der Zeit, in der die Zahnärzte noch Dentisten hießen und sich noch nicht jeder Deutsche die dritten Zähne leisten konnte: Wenn meine Tanten damals der Großmutter ihre neugeborenen Enkelkinder präsentierten, dachte die alte Frau anschließend über eine anthropo-biologische Frage nach: Wie es denn komme, so sinnierte sie, dass man gemeinhin die kleinen Kinder ohne Zähne als possierlich, die zahnlosen Alten aber als hässlich betrachte? Die Zahnlosigkeit der Alten akzeptierte sie unter Bezugnahme auf das Bibelwort „wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, könnt ihr nicht ins Himmelreich eingehen“ als eschatologische Notwendigkeit; und so war, theologisch höchst fragwürdig, aber für meine Großmutter sehr befriedigend, der körperliche Verfall erklärt und eingebettet in die Volksfrömmigkeit.

Großmutter ist, nach einem Leben in der Großfamilie, 1962 gestorben. Sie war 77 Jahre alt. Seitdem sind bekanntlich immer mehr Menschen immer älter geworden.

Das gilt der Gesellschaft offenbar als eine natürliche Schuld, die Sanktionen nach sich ziehen muss – welche in Alten- und Pflegeheimen vollzogen werden. Die Einbettung und Erklärung der bisweilen grausigen Zustände, die in viel zu vielen dieser Alten- und Pflegeheime herrschen, gelingt nur einem solchen Zynismus – einem Zynismus, der das Fesseln an Bett und Stuhl, Fixierung genannt, als Bestrafung der Alten dafür betrachtet, dass sie so lange leben; aus dieser zynischen Sicht wird das Windeln der alten Menschen, auch wenn sie noch selbst zur Toilette gehen könnten, zu einem Akt der Generalprävention, das Hungern- und das Dursten

lassen wird zu einem Akt der Spezialprävention; und das Foto von der alten Frau, die nackt auf einem Toilettenstuhl sitzt, das Essen vor sich auf dem hochgeklappten Tischchen, wird zu einem Werbeplakat für die Sterbehilfe.

Eine organisierte Entwürdigung der Alten ist gewiß nicht die Regel, aber leider auch nicht die Ausnahme. Die Berichte des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen über die Situation in der Pflege spiegeln den Umgang der Gesellschaft mit den ganz alten und den dementen Menschen – sie sind beschämend. Zwei von drei Altenpflegern würden es ablehnen, in dem Heim zu leben, in dem sie arbeiten. Vorbildliche Heime gibt es viel zu wenige, und die Suche nach ihnen gleicht einem Lottospiel..

Zwei Drittel der Pflegebedürftigen leben zu Hause. Ohne die Familien, die sich kümmern, wäre die Pflegeversicherung bankrott. Wer die Pflege in der Familie nicht selber erlebt hat, hat wenig Ahnung davon, was dieses „Kümmern“ bedeutet; früher hat man „Aufopferung“ gesagt. Eine bezahlbare Haus-Betreuung durch Fachkräfte gibt es nicht – sie würde zehntausend Euro im Monat kosten: Für eine 24 Stunden-Rundum-Betreuung bräuchte man offiziell drei examinierte Pflegerinnen. Selbst Ärzte empfehlen daher die Schwarz- und die Grauarbeit – Pflegerinnen aus Rumänien oder Polen: Hunderttausend sollen es sein, wahrscheinlich sind es erheblich mehr.

Im Jahr 2050 werden in Deutschland vier Millionen Menschen pflegebedürftig sein. Wie soll dann funktionieren, was schon heute, bei knapp halb so hohen Zahlen, nicht besonders gut funktioniert? Wie werden die Altenheime ausschauen?

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – so steht es in der Präambel der schweizerischen Verfassung von 1999. Das ist ein mutiger Satz, weil die Stärke eines Volkes, die Stärke eines Staates gern an ganz anderen Faktoren bemessen wird. Die einen messen sie am Bruttosozialprodukt und am Exportüberschuss, die anderen reden dann vom starken Staat, wenn sie mehr Polizei, mehr Strafrecht und mehr Gefängnis fordern. Kaum jemand fordert den starken Staat, wenn es darum geht, soziale Ungleichheit zu beheben und, zum Beispiel, sehr viel mehr in gute Betreuung zu investieren. Es wäre stark, wenn Betreuungsarbeit nicht nur mit Peanuts belohnt würde. Kaum jemand sagt „starker Staat“, wenn er von einem guten Umgang mit alten und psychisch kranken Menschen spricht. Kaum jemand redet von der „Stärke eines Volkes“, wenn es um eine angemessene Förderung von Menschen mit Behinderungen geht. Die Stärke eines Volkes – sie zeigt sich auch daran, wie man mit den alten und sehr alten Menschen umgeht.

Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen – das ist ein starker Satz, auch wenn es so ist, dass schon die Bezeichnung „Schwache“ infiziert von den Ausschließlichkeitskriterien der Leitungsgesellschaft ist. Ich bin der Meinung: Der starke Staat ist ein Staat, der für Chancengleichheit kämpft, der sich um das Wohl der sogenannten Schwachen kümmert – und dabei allmählich lernt, dass die Schwachen gar nicht so schwach sind, wie man oft meint. Von den alten Menschen kann man lernen, ich sagte es schon: dass Leistung nicht alles ist – und dass das Menschsein nicht am Lineal der Ökonomie zu messen ist.

. Der Sozialstaat ist Heimat – Heimat gerade auch für alte und sehr alte Menschen. Beschimpfen kann ihn nur der, der keine Heimat braucht. Und den Abriss wird nur der verlangen, der in seiner eigenen Villa wohnt. Ob er sich dort noch sehr lange wohl fühlen würde, ist aber fraglich. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Schicksal, Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Und **diejenige Gesellschaft ist eine starke Gesellschaft, die ihre Mitglieder, wenn sie hilfebedürftig sind, stützt und stärkt.**

Der Sozialstaat muß Heimat sein auch für Menschen, die nicht oder nicht mehr leistungsfähig sind. Heimat ist er, wenn er Menschenwürde garantiert. Er muß ein würdiges Leben ermöglichen. Der Sozialstaat ist seiner Idee nach der große Ermöglicher. Für unser Thema bedeutet das: Er muss ein gutes, würdevolles Leben auch für sehr alte und sonst behinderte Menschen ermöglichen. Im Lichte der Euro-, der Wirtschafts- und Finanzkrise muss man feststellen: Der Staat hat auch viel Falsches ermöglicht. Mit der gewaltigen Finanzkrise geht eine ebenso große Vertrauenskrise einher, sie betrifft die Glaubwürdigkeit des wirtschaftlichen Systems und die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staats. Ohne dieses Vertrauen bleiben Milliarden-Euro-Schutzschirme instabil; sie flattern, reißen alles mit oder gehen kaputt.

Wie sehr das Vertrauen geschädigt ist, kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab es wilden Beifall, wenn einer dann nur „500 Milliarden“ sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur ein paar Knöpfe Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen.“ Es sind, verglichen mit den Rettungspaketen, den Milliarden Säcken und Billionenhebeln nur ein paar Knöpfe, die für Betreuung ausgegeben werden. Erlauben Sie mir die Frage, welche Betreuung eigentlich wichtiger ist: Die Betreuung des Euro – oder die Betreuung alter, hilfebedürftiger Menschen? In politischen Diskussionen ist oft von einem Paradigmenwechsel die Rede. Hier brauchen wir ihn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen nun eine persönliche Geschichte, meine Lieblingsgeschichte erzählen.

Zu den merkwürdigsten Abschnitten meines Lebens gehört der, den ich als Angestellter in Alfred Wunsiedels Fabrik zubrachte ... Ich hatte mich der Arbeitsvermittlung anvertraut und wurde mit sieben anderen Leidensgenossen in Wunsiedels Fabrik geschickt, wo wir einer Eignungsprüfung unterzogen werden sollten. Ich wurde als erster in den Prüfungsraum geschickt, wo auf reizenden Tischen die Fragebögen bereitlagen. **Erste Frage:** „Halten Sie es für richtig, dass der Mensch nur zwei Arme, zwei Beine, Augen und Ohren hat?“ Hier erntete ich zum ersten Mal die Früchte meiner mir eigenen Nachdenklichkeit und ich schrieb ohne zu zögern hin: „Selbst vier Arme, Beine und Ohren würden meinem Tatendrang nicht genügen. Die Ausstattung des Menschen ist kümmerlich.“ **Zweite Frage:** „Wie viele Telefone können Sie gleichzeitig bedienen?“ Auch hier war die Antwort so leicht wie die Lösung einer Gleichung ersten Grades: „Wenn es nur sieben Telefone sind“, schrieb ich, „werde ich ungeduldig, erst bei neun fühle ich mich völlig ausgelastet.“ **Dritte Frage:** „Was machen Sie nach Feierabend?“ Meine Antwort: „Ich kenne das Wort Feierabend nicht mehr – in meinem fünfzehnten Lebensjahr strich ich es aus meinem Vokabular, denn am Anfang war die Tat!“ Ich bekam die Stelle.

Es handelt sich, meine Damen und Herren, nicht um eine Episode aus meinem Lebenslauf, sondern um eine Geschichte, die Heinrich Böll schon vor Jahrzehnten geschrieben hat. Es könnte sich um die Beschreibung einer Prüfung bei einer Sozial- und Arbeitsagentur im Jahr 2030 handeln. Verlangt wird der grenzenlos flexible, unbeschränkt belastbare Arbeitnehmer, unglaublich gesund, unglaublich robust und leistungsfähig. Die Frage lautet: Wollen wir eine solche Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der es überall zugeht wie in Wunsiedels Fabrik – in der unbegrenzte Leistungsfähigkeit zählt und nichts sonst, in nur der Marktwert zählt? Wollen wir ein solches Gesundheitswesen – in dem der Wert des Menschen vor allem daran gemessen wird, was sich an ihm und mit ihm verdienen lässt?

Bleiben wir beim Menschenbild der modernen Ökonomie: Der bloße homo faber ist Vergangenheit. Er war der Mensch der Moderne. In der Postmoderne reicht es nicht mehr wenn der homo faber, der Mensch einfach arbeitet. Es muss ein homo faber mobilis sein. Er soll in höchstem Maß flexibel, mobil und anpassungsfähig sein. Seit langem wird daher so getan, als sei ein Mensch, wenn er keine Arbeit hat und auch keine kriegt, schlichtweg nicht ausreichend flexibel, mobil und anpassungsfähig, nicht ausreichend modernitätstauglich. An der Arbeitslosigkeit ist also angeblich nicht zuletzt derjenige selbst schuld, der keine Arbeit hat. Viele Wirtschaftsinstitute und Politiker verlangen daher den neuen Menschen, den homo faber novus mobilis, den Menschen also, der über seine Grenzen und Behinderungen hinauswächst. Verlangt wird der perfekte Mensch. Das Gesundheitswesen, das Krankenhaus ist aus dieser Warte keine soziale, sondern eine mechanistische Einrichtung – ein Pendant zur Kfz-Werkstätte. Da werden Teile ausgewechselt, da wird lackiert und repariert; aber nur, solange es sich rentiert und rechnet.

Das Menschenbild des modernen Ökonomen ist also der homo faber novus mobilis. Die Realität kennt da freilich gewisse Grenzen: Im Gegensatz zu den Schnecken trägt der Mensch seine Behausung nicht mit sich herum. Und er hat, auch deshalb, weil er auch im Gegensatz zu den Schalenweichtieren kein Zwitter ist, andere soziale Bedürfnisse, die sich unter anderem darin äußern, dass er einen Lebenspartner sucht, eine Familie gründet, im Sport- oder Gesangsverein aktiv ist, dass seine Kinder zur Schule gehen und Freunde haben. Das setzt der ganz großen unentwegten Mobilität, der unbegrenzten Einsetzbarkeit und Verfügbarkeit, gewisse Schranken. Der „Wunsiedel-Mensch“, man kann ihn auch den Agenda-2010-Menschen nennen, ist offenbar anders: Er ist ein Mensch ohne Kinder, ohne Familie, ohne alte Eltern und natürlich ohne jegliche Behinderung; und natürlich ist er nicht alt.

In den vergangenen 30 Jahren konnte man eine eigenartige Beobachtung machen: Je mehr der Sozialstaat diskreditiert wurde, umso kälter wurde auch der Ton in den Betrieben – „das Soziale“ insgesamt verlor seinen Stellenwert. Das gilt in Krankenhäusern genauso wie in Zeitungsredaktionen oder Autokonzernen. In den vergangenen 30 Jahren tat man so, als sei für „das Soziale“ nur noch eine bestimmte Kaste von Samaritern (Kirche, Sozialarbeiter, die Caritas und die Lebenshilfe) zuständig. Ansonsten habe das Soziale nichts mehr zu melden, stattdessen hätten nur und ausschließlich die Gesetze des Marktes zu gelten. Es war leider so: Verantwortliche Sozialpolitik wurde zunehmend abgelöst vom Pater-Noster-Prinzip: Sie kennen diese schönen alten Aufzüge ... Da ist es so: Der gesunde, gewandte und leistungsfähige Mensch kann aus den offenen Fahrkörben jederzeit ein- und aussteigen. Der kranke Mensch, der alte Mensch, der Mensch mit Behinderung kann ihn nicht benützen. Er bleibt draußen, er wird nicht befördert.

Das war, das ist eine falsche Politik. Der starke Staat ist der Staat, der den Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und den Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ nicht für ein bloßes Sprüchlein nimmt.

In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? In einer Gesellschaft, in der nur der Marktwert zählt? Wollen wir ein Sozial- und Gesundheitswesen, in dem der Wert des Menschen daran gemessen wird, was sich an ihm und mit ihm noch verdienen lässt? Wie soll, wie muss diese Gesellschaft mit den alten Menschen umgehen? Bei Aldous Huxley, in seiner Schönen Neuen Welt, wird beschrieben, wie altgewordene Menschen in Kliniken entsorgt werden. Sie werden ‚abgeschaltet‘ wie alte, verrostete Maschinen. Kinder werden regelmäßig in diese Entsorgungskliniken geführt und dort mit Schokolade gefüttert, damit sie sich an den Vorgang des Abschaltens gewöhnen und für sich akzeptieren lernen, dass das Leben technisch produziert und technisch beendet wird.

Haben wir diesen Weg schon eingeschlagen? Entspricht das der Reproduktionsmedizin und der pränatalen Diagnostik, die am Beginn des Lebens sortiert, kontrolliert und entsorgt, die Mechanisierung des Todes am Ende des Lebens, die gleichfalls sortiert, kontrolliert und gegebenenfalls auch entsorgt? Schlägt so die allgegenwärtige Marktökonomie in das menschliche Leben zurück, indem sie es zunehmend als Produkt betrachtet, das der Kontrolle, der Überprüfung, der Herstellung und der Entsorgung bedarf?

Wir brauchen, ich sagte es schon, einen Paradigmenwechsel. Das ist ein modisches Wort. Aber es bezeichnet genau das, was notwendig ist. Zu viel Markt macht krank: Das sind die Nebenwirkungen der Ökonomisierung der Lebenswelt und des Gesundheitssystems.

Lassen Sie mich von einer ganz persönlichen Krankenhauserfahrung erzählen. Als vor Jahren mein Vater im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Regensburg im Sterben lag, ging ich dort jeden Tag an dem Porträt eines lächelnden Mönches vorbei. Es zeigte den Frater Eustachius Kugler. Ab und zu blieb ich ein wenig sinnierend vor dem Bildnis dieses Mannes stehen, über den in den Gottesdiensten meiner Kindheit oft gepredigt worden war. Dieser Frater Eustachius, so der Ordensname, wurde 1867, also in dem Jahr, in dem Karl Marx den ersten Band seines Werkes „Das Kapital“ herausgab, als Seppel, als sechstes Kind der Kleinlandwirts-Eheleute Kugler in meinem Heimatort geboren. Er war von 1925 bis zu seinem Tod im Jahr 1946 Provinzial der Barmherzigen Brüder in Bayern und hat in Regensburg die beiden großen Krankenhäuser seines Ordens gebaut.

Und weil in den sechziger Jahren, als ich ein Ministrant war, im Vatikan der Prozess zur Seligsprechung dieses Fraters Eustachius Kugler eingeleitet worden war, habe ich damals in meiner katholischen Pfarrei viel von ihm gehört. In Erinnerung geblieben ist mir vor allem eines: Dass Eustachius in seinen Krankenhäusern die „klassenlose“ Krankenpflege angeordnet hat. Dem Oberkrankenpfleger gab er als Provinzial die Weisung: „Tut mir vor allem die armen, die bedürftigen Schwerkranken pflegen, um die sich sonst niemand recht kümmert. Wenn ein Bischof oder sonst ein hoher Würdenträger als Patient kommt, dann braucht man nicht so zu laufen, weil genug andere da sind, die sie schon in jeder Hinsicht betreuen!“ Das hat mir schon damals, als Ministrant in Nittenau in der Oberpfalz, recht imponiert – und der Satz gefällt mir heute immer noch.

Welche Anweisung der Ordensmann wohl heute geben würde? Würde er seine Ärzte auffordern, nicht auf das Alter der Patienten als Behandlungsmaßgabe zu starren? Würde er sie ermahnen, die Hochbetagten nicht als Menschen dritter Klasse zu betrachten? Würde er sein Krankenhaus-Management davor warnen, die Gewinnerzielung zur allein handlungsleitenden Kategorie zu machen? Womöglich hielte er seinem Verwaltungschef eine Predigt darüber, was das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter heute besagt. Womöglich würde er in einem Rundschreiben vor dem „Verlust des Mitgefühls“ warnen und vor einer Entwicklung, in der das Geld nicht mehr ein Mittel zum Zweck der Versorgung von Kranken ist, sondern die Versorgung von Kranken ein Mittel ist zum Zweck der Gewinnerzielung.

Und womöglich würde dann der Verwaltungschef dem Frater Eustachius Folgendes antworten: „Lieber Provinzial, das haben Sie zwar schön gesagt, aber mit Mitgefühl allein schreiben wir hier im Krankenhaus, hier im Pflegeheim, rote Zahlen, und die Wahrheit ist leider die, die Bert Brecht in der Dreigroschenoper so formuliert hat: ‚Erst kommt das Fressen, dann die Moral‘“. Und dann würde der Ordens- und Gottesmann Eustachius wohl furchtbar zornig werden und sagen, dann könne er ja statt eines Kreuzes künftig ein Bild von König Midas in die Krankenzimmer hängen.

Der alte König Midas ist in der Tat ein Repräsentant unserer Zeit. Er ist sozusagen der Schutzpatron der Ökonomisierung und der Rationalisierung. Betriebswirtschaftliche Rationalität ist an die Stelle der Ratio, der Vernunft der Aufklärung, getreten. Man nennt das Rationalisierung. Sie ist die Rückbeförderung des arbeitenden Menschen in die Unmündigkeit. Zu diesem Zweck bedienen sich viele Unternehmen sogenannter Unternehmensberatungen, die das, was auch jeder Pförtner weiß, in die Sprache der Banken übersetzt: dass man sich das Geld für hundert Leute spart, wenn man hundert Leute freisetzt. Eine solche Entlassung gilt als unternehmerische Leistung. Die eingesparten Kosten fallen in letzter Instanz auf das Gemeinwesen, auf den Steuerzahler. So ökonomisiert und rationalisiert werden ja heute nicht nur Wirtschaftsbetriebe, sondern auch Universitäten, Kinderläden, Schwimmbäder, Bibliotheken – und Krankenhäuser, auch psychiatrische Kliniken, auch Alten- und Pflegeheime. Die Ökonomisierung hat auch das ärztliche Handeln und Denken ergriffen. Und Ökonomisierung meint dabei nicht einfach Wirtschaftlichkeit, sondern (um es im Soziologendeutsch zu sagen) „die Tendenz zur Überformung der Daseinsorientierung durch ökonomische Kalküle, Ziele und Zwänge“.

Midas, der König von Phrygien, wollte bekanntlich alles zu Gold machen, und wäre daran fast zugrunde gegangen: Er hatte sich, so geht die Sage, von Dionysos

gewünscht, dass alles, was er berühre, zu Gold werde. Als Midas auf dem Heimweg einen Zweig streifte, einen Stein in die Hand nahm, Ähren pflückte, wurden Zweig, Stein und Ähren zu reinem Gold. Das gleiche geschah mit dem Brot, wenn er sich an den gedeckten Tisch setzte. Auch die Getränke und das mit Wein vermischte Wasser, das er sich in den Hals goss, wurde zu Gold. Midas lief Gefahr, vor Hunger und Durst zu sterben, so dass er schließlich Dionysos bat, ihn von dieser verhängnisvollen Gabe zu befreien. Der Gott befreite Midas durch ein Bad in einer Quelle, die seither Goldsand führt.

Ein solches befreiendes Bad ist auch für unser Gemeinwesen bitter notwendig. „Pflege und Krankheit sind nicht börsen- und renditefähig“, sagt der Münchner Pflegekritiker Claus Fussek. Die Praxis lehrt aber anderes. Auch die deutsche Krankenhauslandschaft ist im Umbruch. Ländern und Kommunen fehlt so oft das Geld für Investitionen. Viele kommunale Kliniken kommen aus den roten Zahlen nicht mehr heraus. Es sind die privaten Klinikketten wie Asklepios, Rhön-Klinikum, Sana, Helios oder Ameos-Holding Zürich, die kaufen und investieren und so dem Staat vormachen, wie man defizitäre Krankenhäuser in florierende Unternehmen verwandelt. Länder und Kommunen sehen oftmals angesichts ihrer leeren Kassen in der Privatisierung ihre letzte Rettung, manche Kliniken sind zu Dumpingpreisen verkauft worden. Die Fragen liegen auf der Hand: Wird das Behandlungsspektrum eingeschränkt, nicht insgesamt, aber für langwierige, teure Krankheiten? Sind die Notarzdienste rund um die Uhr in Gefahr? Die Aktionäre wollen ja Geld sehen. Wo bleibt die gute Daseinsvorsorge, zu der der Staat verpflichtet ist, wenn sie dem Bedarf, wenn sie Angebot und Nachfrage angepasst wird? Wo bleiben Arme, Alte und chronisch Kranke?

Alte Menschen leben heute sehr oft in einem exkludierenden Setting. Sie sind ausgeschlossen, sie sind nicht mehr wirklich Teil der Gesellschaft. Sie leben in einer eigenen, oft ziemlich unwirklichen Welt – genannt Alters- und Pflegeheime. Sie müssen (ob nun dort, in den Heimen, oder im betreuten Wohnen) wider Teil der Gesellschaft werden.

Inklusion heißt nicht einfach nur Abbau von Barrieren. Inklusion heißt Zugänglichkeit; und Zugänglichkeit meint nicht nur die Zugänglichkeit zu Gebäuden und Verkehrsmitteln; es geht nicht nur um bautechnische Fragen, Inklusion ist kein bautechnisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Prinzip. Inklusion meint die Zugänglichkeit der Gesellschaft insgesamt, sie meint Teilhabe am Leben, am Freizeitleben, am Gesellschaftsleben. Inklusion heißt nicht nur irgendwie da sein und geduldet sein, es ist mehr; **Inklusion heißt Anerkennung, Respekt und Wertschätzung.** Inklusion – das ist ein gewaltiger Anspruch, das ist ein großes, ein hochgestecktes Ziel, von dessen Realisierung wir noch weit entfernt sind. **Inklusion ist eine Realvision – gerade dann, wenn es um die alten und dementen Menschen geht. Und sie ist ein sozialstaatlicher Imperativ.**

Nicht die Behinderten, nicht die Alten müssen sich bewegen, sondern die Gesellschaft muss es tun. Soziale Anerkennung sollen sich Menschen nicht durch Konkurrenzfähigkeit und Leistung verdienen müssen. Auch wer nicht mehr viel auf die Reihe bekommt, weil er pflegebedürftig ist, darf nicht an den Rand gedrängt, senile Senioren dürfen nicht in medizinisch-pflegerische Ghettos abgeschoben werden.

Die große Auseinandersetzung darüber, wie mit helfensbedürftigen Menschen umzugehen ist, steht der Gesellschaft noch bevor. Die Behindertenrechtskonvention stellt ausdrücklich auch Menschen mit Demenz unter ihren Schutz. Die Zukunftsprognose der Alzheimergesellschaft ist einprägsam: Gegenwärtig leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Demenzkranke. Jahr für Jahr treten mehr als 300 000 Neuerkrankungen auf. Sofern kein Durchbruch in der medizinischen Therapie gelingt, werden im Jahr 2050 etwa drei Millionen Menschen mit Demenz in Deutschland leben.

Gedächtnisverlust und Hilfsbedürftigkeit dürfen nicht als Symptome einer Störung gesehen werden; es sind Zustände an den Rändern des Lebens; sie gehören zum Menschsein dazu. Die Nichtbehinderten können sich viel anschauen: zum Beispiel, wie das geht mit der Entschleunigung; wie es sich anfühlt, wenn man nicht mehr alles auf einmal schafft. Wenn das Leben langsamer wird, kann es reicher werden.

Ein ernsthafter, menschenwürdiger Umgang mit den sehr alten, sehr dementen, sehr hilfebedürftigen Menschen wird nicht nur den Alten gut tun, sondern auch den Kindern. Ich sagte es schon: Es wird die Kindheit der Kinder verändern, wenn sie in einer Gesellschaft aufwachsen, die anderes Bild vom Menschen entwickelt: Das Menschsein wird dann nicht am Lineal von Ökonomie und Leistungsfähigkeit gemessen. Hilfebedürftigkeit ist dann keine Störung, die behoben werden muss, sondern gehört zum Mensch-Sein.

Der Sozialstaat ist für alte Menschen nicht etwa nur in verdünnter Form da. Der Sozialstaat bewährt sich gerade in seiner Sorge und Fürsorge für alte und behinderte Menschen. Auch sehr alte und demente Bürger sind Vollbürger, nicht Halbbürger. Sie verdienen besondere Beachtung und besondere Betreuung. Im Wort „Betreuung“ steckt das Wort „Treue“. Das ist es, was alte, was hilfebedürftige Menschen spüren wollen – die Treue der Gesellschaft.

Das ist meine Vision. Das ist meine Vorstellung von der Zukunft des Sozialstaats. Und ich meine, dass Sie, die Berufsbetreuer, in dieser Vorstellung eine wichtige Rolle spielen. Es geht um die gute, menschliche Zukunft unserer Gesellschaft.

Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter der Redaktion Innenpolitik